

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Werner Holtfort MdL setzt sich mit dem Bonner Umgang mit der braunen Vergangenheit auseinander: Versatzstücke aus den Trümmern der Hitlerei aufgeputzt.

Seite 1

Hans Büchler MdB hält neue Überlegungen zum Deutschlandvertrag für erforderlich: Der Wiedervereinigungs-Artikel ist überholt.

Seite 4

Florian Gerster MdB fordert eine wirksame Verringerung der Lärmbelästigung durch Tiefflug: Bonn muß endlich Farbe bekennen.

Seite 5

Christa Meier MdL verurteilt die Fragestellung in bayerischen Abitur-Arbeiten: Was ist positiv an den Elendsvierteln in der Dritten Welt?

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

42. Jahrgang / 99

26. Mai 1987

Versatzstücke aus den Trümmern der Hitlerei aufgeputzt

Der Bonner Umgang mit Guernica riskiert die Wiederholung des furchtbaren Geschehens

Von Dr. Werner Holtfort MdL
Ehrenvorsitzender des Republikanischen Rechtsanwältinnen- und
Rechtsanwältevereins (RAV)

Am 27. Mai treffen sie sich abermals in ihrem Fliegerhorst in Wunstorf, die alten Kameraden vom Kampfgeschwader Boelcke der nationalsozialistischen Luftwaffe, um, unterstützt von der Bundesluftwaffe, sich gemeinsam der „glorreichen“ Heldentaten aus böser alter Zeit zu erinnern. Eine dieser Taten war die Zertrümmerung der heiligen Stadt der Basken, Guernica, und die Tötung eines großen Teils ihrer wehrlosen Bewohner am 26. April vor fünfzig Jahren durch vielstündigen Bombenabwurf von Kampffliegern der „Legion Condor“, darunter die aus dem Kampfgeschwader Boelcke. Guernica ist seitdem Symbol für rücksichtslose, unterschiedslose Luftkriegführung gegen schutzlose Zivilisten. Eine Schmach für uns, daß die Täter Deutsche waren!

Die alten Kameraden, die am 27. Mai in ihrem Traditionsverband „Geschwader Boelcke“ zusammenkommen, ihre Gastgeber von der Bundesluftwaffe und die Bundesregierung unter Helmut Kohl scheinen diese Schmach nicht zu empfinden. Am 50. Gedenktag, zu dem sich am 26. April dieses Jahres in Guernica Abordnungen aus aller Welt in gemeinsamer Trauer vereinten, nahm unsere Regierung jedenfalls demonstrativ nicht teil, angeblich, weil für so etwas „kein Geld da“ sei. Indessen fehlte es am Gelde keineswegs, um vom 14. bis 16. September 1985 mit Pauken und Trompeten das 50jährige Jubiläum des Fliegerhorstes Wunstorf, damit des Kampfgeschwaders Boelcke und der unter Bruch des Versailler Vertrages errichteten Luftwaffe zu feiern, die laut Hermann Göring bestimmt war, „wie ein Racheengel“ über Gegner des Nazi-Reiches herzufallen. Der Inspekteur der Bundesluftwaffe nahm, in Vertretung des Bundesverteidigungsministers Manfred Wörner, offiziell an dem mit militärischen Pomp begangenen „Festakt“ ebenso teil, wie - in Vertretung des Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht - CDU-Landesvorsitzender und Minister für Bundesangelegenheiten Wilfried Hasselmann, der der jetzt in Wunstorf stationierten Einheit der Bundesluftwaffe zu diesem 50. Jubiläum ein „Fahnenband des Landes Niedersachsen“ verlieh.

Friedlicher Umgang
mit dem Papier
Recyclingpapier



Man erinnert sich an das von dem jetzigen Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner schon vor zehn Jahren herbeigeführte „Traditionstreffen“ am 25. Oktober zwischen Hitlers Lieblingsflieger Hans-Ulrich Rudel und dem Geschwader Immelmann der Bundesluftwaffe (in dessen Folge die Generale Franke und Krupinski vom sozialdemokratischen Verteidigungsminister Georg Leber entlassen werden mußten). Wörner hatte das damit begründet, er habe „hohen Respekt vor den soldatischen Leistungen“ des unbelehrbaren Hitler-Verehrers Rudel, dessen politische Ideologie ihm gleich sei. Dazu paßt die wohl nur wegen verschiedener politischer Wahlen in der Republik zurückgestellte Änderung des Traditionserlasses für die Bundeswehr, in dem künftig statt wie bisher von „schuldhafter Verstrickung“ der Großdeutschen Wehrmacht in den Nationalsozialismus auch noch von „Mißbrauch und tragischer Verstrickung“ die Rede sein soll. Weiter will Wörner darin die „Haltung und Leistung aller Soldaten und Verbände“ „als überlieferungswürdig“ hochhalten, die damals „ehrenhaft gekämpft“ hätten - SS und „Legion Condor“ eingeschlossen, nicht aber die deutschen Freiwilligen, die damals auf republikanischer Seite für die spanische Demokratie und gegen die faschistische Militärdiktatur Francos kämpften.

Im „Handbuch der Deutschen Militärgeschichte“ des militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr wird im Band 4 auf Seite 556 dargelegt, die Vernichtung der heiligen Stadt sei auf „eine Verkettung widriger Umstände“ zurückzuführen; der Auftrag habe der nahen Brücke über den Rio de Oca, einer wichtigen Rückzugslinie, gegolten. Aber die eingesetzten JU 52 seien nun einmal nur „Behelfskampfflugzeuge“, zudem mit „völlig unzureichenden Zielgeräten“ gewesen, dies und „ungünstige Windverhältnisse“ hätten das Ereignis verursacht. Doch gab es weder von der Legion noch von der Reichsregierung auch nur die Andeutung eines Versuchs, die Tat als Versehen zu entschuldigen. Niemand wurde für sie getadelt. Im Gegenteil ergoß sich ein Regen von Ordenszeichen, sogenannten Spanienkreuzen, mit und ohne Schwertern, in Bronze, Silber und Gold, über ihre Täter. Voller Stolz sangen sie Ihr Lied:

„Wir sind deutsche Legionäre,
die Bombenflieger der Legion,
im Kampf um Freiheit und um Ehre,
Soldaten der Nation.“

Abgerundet wird das düstere Bild durch die von Hitler persönlich angeordnete Beschießung der andalusischen Hafenstadt Almeria am 29. Mai 1937 durch das Panzerschiff „Admiral Spee“. Und endlich erhellt die Folgezeit, was und warum es geschehen war. Denn die deutsche Fliegertruppe setzte wenig darauf das Totbomben von Zivilbevölkerung fort mit Angriffen auf die Warschauer Vorstadt Praga am 15. September 1939, auf Rotterdam, auf London und Coventry.

Über Guernica aber wurde die faschistische Lüge verbreitet, die „roten Horden“ hätten die Stadt zerstört, um das den rebellierenden Generalen in die Schuhe zu schieben und die Basken gegen sie aufzuhetzen. Das Angebot einer neutralen internationalen Untersuchung lehnte sowohl Hitler als auch Franco ab. Dennoch verbreiteten auch unsere Konservativen bis in die 70er Jahre hinein, so auch Springers „Welt“, die widerliche Propaganda-Lüge, um nicht nur Görings Fliegersoldaten, sondern auch das geschätzte Franco-Regime zu entlasten.

Bei anderen Menschen und in aller Welt aber ist Guernica, wie jenes „Handbuch der Deutschen Militärgeschichte“ beklagt, bis heute ein „Synonym für eine rücksichtslose Kriegsführung von Seiten der Legion Condor, obwohl sich keine Beweise für eine absichtliche Zerstörung der Stadt finden lassen und auch die Gegenseite Bomben auf Städte geworfen hat, die Todesopfer unter der Bevölkerung verursachten“. Gewiß gibt es Luftkriegs-Verbrechen auch von anderen. Dresden ist ein stets zu beklagendes Beispiel. Erst im April vorigen Jahres bombardierten US-amerikanische Kampfflugzeuge die offenen libyschen Städte Tripolis und Benghazi und deren Einwohner mitten im Frieden, weil zwar nicht sie, indessen ganz andere Araber einen US-Soldaten in Berlin getötet hätten.

Begonnen aber hatte mit „Terrorangriffen“ (wie diese Bombardierungen schutzloser Zivilbevölkerung aus der Luft von den Nationalsozialisten immer dann genannt wurden, wenn deutsche Städte das Ziel gewesen waren) vor 50 Jahren die Legion Condor. Nach dem von ihrem damaligen Chef des Stabes (späteren Befehlshaber) Generalmajor Freiherr von Richthofen ausgegebenen Einsatzbefehl vom Morgen des 26. April 1937 sollten Straße, Brücke und der ostwärtige Stadtteil Renteria durch Spreng- und Brandbomben zerstört werden. Wenigleich nun die Bewohner gerade anderer Stadtteile als Renteria daran glauben mußten, so bescheinigt sich der von Oberst Jaenecke am 18. Mai erstattete Bericht über den Angriff auf Guernica doch einen „vollen Erfolg der Luftwaffe“, die schon zu Beginn der Offensive im Norden angewiesen worden war, „mit ihren schweren Kampfkräften... ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung“ anzugreifen.



Die Empörung der Welt erklärt sich nun daraus, daß mittlerweile die Diskussion über das Kriegsvölkerrecht, beginnend mit der „Petersburger Deklaration“ 1864 über den zweiten Abschnitt der Haager Landkriegsordnung 1907, zu einer Verständigung darüber gekommen war, daß Kriegsziel ausschließlich die Schwächung der feindlichen Streitkräfte sein dürfe; darüber hinausgehende Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung und Mittel, die dieser unnötige Leiden verursachen können, waren als unverhältnismäßig gebrandmarkt. Mit dem Angriff auf Guernica und dem ihm weiter folgenden Luftterror zunächst der deutschen, dann aber auch der britischen und amerikanischen Fliegertruppen im Zweiten Weltkrieg waren diese völkerrechtlichen Bemühungen zunichte gemacht.

Die 4. Genfer Konvention zum Schutze der Kriegsgesunden vom 12. August 1949, deren Vertragspartner auch die Bundesrepublik ist, nahm sie freilich wieder auf. Jedoch hat die Bundesrepublik die beiden Zusatzprotokolle zu diesem Genfer Abkommen, nämlich das über den Schutz der Opfer in internationalen und in nicht internationalen bewaffneten Konflikten nicht ratifiziert. Die Ratifizierung unterblieb bis heute, weil Artikel 51 unterschiedslose Angriffe, mithin solche, bei denen von vornherein gar keine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten möglich ist, verbietet. Damit sollen alle Massenvernichtungswaffen, seien sie nun nuklearer, bakteriologischer, chemischer oder konventioneller Art, geächtet werden. Die Bundesregierung aber möchte sich den Einsatz von Atomwaffen ausdrücklich vorbehalten. Der rüstungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer: „Wir müssen verhindern, daß das Völkerrecht zu Lasten der verlässlichen Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Landes mißbraucht wird.“ Es ist dieselbe Geisteshaltung, welche die Mehrheitsfraktion der Bonner Koalition in blankes Entsetzen versetzt, wenn eine ernsthafte Möglichkeit nuklearer Abrüstung am Horizont auftaucht. Sie zeigt den Schwachsinn heutiger Aufrüstung und strategischer Planung in voller Schärfe: Der Schutz dieser Genfer Zusatzprotokolle soll gerade der deutschen Zivilbevölkerung vorenthalten werden, nur um uns die Möglichkeit vorzubehalten, auf einen etwaigen konventionellen Angriff hin im Ostblock Militärs, Frauen, Kinder und Umwelt unterschiedslos zu vernichten!

Tradition soll nach einem Wort von Ricarda Huch „gesiebte Vernunft von einem Jahrhundert ins andere“ sein. Im österreichischen Bundesheer gibt es Ansätze dazu. Erstmals im Oktober 1983 wurden die österreichischen Rekruten im einstigen nationalsozialistischen Konzentrationslager Mauthausen vereidigt, um sie angesichts dieses abschreckenden Vorbildes ein Gelöbnis zum Frieden ablegen zu lassen. Im Februar 1984 fand die Vereidigung im Wiener Karl-Marx-Hof statt, einem Gemeindeblock des „Roten Wien“, in dem fünfzig Jahre zuvor die österreichische Armee die Arbeiter zusammengeschoßen hatte, die gegen den sich ausbreitenden Austrofaschismus rebellierten. Es folgte wenige Wochen später die „Friedensdiskussion“ der Militärs in der Wiener Neustadt mit dem Dichter Erich Fried vor den uniformierten Fähnrichen des Ausbildungsjahrganges „Feldmarschall Daun“ der Theresianischen Militärakademie.

Bei uns aber zielt man darauf ab, gesiebte Unvernunft aus vergangenen Zeiten zu tradieren, insbesondere Versatzstücke aus den Trümmern der Hitlerei zu bergen und aufgeputzt unseren jungen Soldaten zu überliefern. Wer so verfährt, wer unsere jungen Soldaten mit solcher Insistenz auf alte Wertvorstellungen zu verpflichten sucht, wer also etwas ewig Gleiches, Ehrwürdiges anruft und darin sogar die Kriegsverbrechen Nazideutschlands einbezieht, der tradiert auch - und sei es unbeußt - die gleiche Verfügbarkeit für Völkerrechtsbruch und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie damals. Der riskiert die Wiederholung von Guernica. Wäre die Regierung nicht von allen guten Geistern in diesem Punkt verlassen, so nutzte sie das Gedenken an die damalige Katastrophe nach 50 Jahren für die längst überfällige Ratifizierung jener Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention. So würde sie vielleicht begreifen, daß es einen weit wirksameren Schutz gibt als die Bemühung, anderen rüstungstechnisch den Rang abzulaufen: nämlich die Verpfichtung internationaler Beziehungen in Zukunftsfragen der Menschheit wie etwa der Wirtschaftsentwicklung oder Umweltgefährdung, also die Herbeiführung einer Abhängigkeit aller Staaten von allen. Man muß nur das Feindbild ersetzen: Nicht der imaginäre militärische Feind aus dem Weltall, den der US-Präsident einmal als Mittel beschwor, ein Bündnis zwischen den beiden Machtblöcken zu erzwingen, sondern Rohstofferschöpfung, Umweltvergiftung, Überbevölkerung sind die gemeinsamen Feinde!

Wer dagegen heute noch Traditionen der Einsätze von schweren Kampfkräften der nationalsozialistischen Luftwaffe überliefern will, der beweist für seine Person den Verdacht des großen Physikers und Nobelpreisträgers Max Born: „Der Versuch der Natur, ein denkendes Wesen hervorzubringen, ist offensichtlich gescheitert.“
(-/26.5.1987/vo-he/rs)

* * *

Neue Überlegungen zum Deutschland-Vertrag erforderlich

Der Wiedervereinigungs-Artikel in dem 35 Jahre alten Dokument ist überholt

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

35 Jahre alt wird am 26. Mai 1987 der Deutschlandvertrag (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten). Er beendete das Besatzungsregime, wodurch die Bundesrepublik die „volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ erhielt. Dies ist die eigentliche Bedeutung dieses Vertrages.

Heute wird er jedoch vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik zitiert, weil er in seinem Artikel 7 die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer freiheitlich demokratischen Verfassung, „ähnlich wie die Bundesrepublik“, zum Ziel setzt. Der Hinweis auf die Wiedervereinigung war für die Drei Mächte von Belang, weil sie damit und mit dem nicht zustande gekommenen Friedensvertrag sich Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes vorbehalten konnten (Artikel 2).

Für die Bundesregierung war dieser Passus auch deshalb wichtig, weil Adenauer nicht zum Opfer seiner eigenen Wiedervereinigungspropaganda werden wollte, an die er selbst nicht glaubte.

Heute bedarf es gerade zum Artikel 7 des Deutschlandvertrages neuer Überlegungen. Die Formulierung definiert Wiedervereinigung als Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. Dies ist historisch überholt. Nicht nur, weil damit der Vorwurf Osteuropas von der Aggressivität der Bundesrepublik Deutschland untermauert werden konnte, sondern vor allem weil seit dem Grundlagenvertrag, der 20 Jahre jünger ist als der Deutschlandvertrag, das Ziel der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklung eines Verhältnisses guter Nachbarschaft mit der DDR ist.

Der Anspruch, die DDR in die Bundesrepublik einzuverleiben, ist damit unvereinbar. Deshalb kann der Sinn des Artikel 7 des Deutschlandvertrages heute nur noch darin gesehen werden, berechtigter Systemkritik an der DDR und dem Anspruch der Deutschen auf die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts Ausdruck zu geben. Seit dem Harmel-Bericht 1967 und der Schlußakte von Helsinki 1975 haben auch die Drei Mächte einer Zielsetzung ihrer Politik in Europa zugestimmt, die auf Entspannung und die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa gerichtet ist.

Es geht vor allem darum, eine europäische Friedensordnung zu entwickeln, die den trennenden Charakter der Grenzen für die Menschen überwindet. Selbst für Helmut Kohl ist die Unversehrtheit der Gebiete aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen eine Grundvoraussetzung für den Frieden. Die DDR ist einer der Staaten in Europa. Diese „amtliche Politik“ (Kohl) zeigt, daß der Deutschlandvertrag nicht primäre Handlungsanweisung für die Deutschlandpolitik nach dem Grundlagenvertrag sein kann. Seine Bedeutung behält der 35 Jahre alte Vertrag als ein Dokument, das den Status in Europa und in Deutschland beschreibt, auf dessen Grundlage die Deutschland- und Entspannungspolitik der 70er Jahre entwickelt werden konnte.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht auch 35 Jahre nach dem Deutschlandvertrag auf dem Standpunkt, daß die deutsche Nation eine von der Teilung unabhängige Realität ist und daß das Selbstbestimmungsrecht den Deutschen ebenso zusteht, wie anderen Völkern auch. Heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird.

(-/26.5.1987/rs/ks)

* * *



Lärmbelästigung durch Tiefflug wirksam verringern

Die Bundesregierung muß sich dieser Forderung endlich stellen

Von Florian Gerster MdB

Die Jet-Piloten des NATO-Partners Holland dürfen über heimischem Gebiet auf höchstens 300 Meter „über Grund“ heruntergehen - im Luftraum der Bundesrepublik fliegen sie 150 oder gar 75 Meter tief. Diesen Raum über dicht besiedeltem bundesdeutschen Gebiet teilen sie sich mit anderen NATO-Luftstreitkräften und mit der Bundesluftwaffe. Verschont vom Tiefflug sind nur einige wenige Sperrgebiete - im wesentlichen Großstädte.

Alle anderen Bundesbürger müssen gerade bei schönem Wetter befürchten, vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag von donnernden Strahlflugzeugen heimgesucht zu werden - auch in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Kurkliniken...

Es gibt auch noch bemerkenswerte Varianten: Etwa Luftkampfübungen über dicht besiedeltem Gebiet - spektakuläre Unfälle finden eine kurzfristige öffentliche Aufmerksamkeit - oder Nachtübungen von Kampfhubschraubern in lauen Sommernächten am Rande von (rhein Hessischen) Dörfern.

Ist Tiefflug militärisch notwendig?

Nach Auskünften der Luftwaffe muß vor allem das Unterfliegen des gegnerischen Radars geübt werden. Dies allerdings wäre nur in einer Höhe von 30 Metern sinnvoll. Also ist die Mindestflughöhe von 150 beziehungsweise 75 Metern bereits ein (politischer) Kompromiß. Wer tiefer fliegen will, kann dies derzeit nur in Kanada, später vielleicht in der Türkei üben. Die Entwicklung neuer Techniken beim fliegenden Gerät macht möglicherweise Tiefflug-Übungen später überflüssig...

Bis dahin gilt es, die Lärmbelästigung der bundesdeutschen Bevölkerung durch militärischen Tiefflug wirksam zu verringern: Der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg 1986 hat dazu eindeutige Beschlüsse gefaßt.

Auch die SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern haben im März 1987 das in Nürnberg beschlossene Programm bestätigt:

- Einführung einer Flughöhe von mindestens 300 Metern über Grund.
- Drastische Verminderung der militärischen Flugbewegungen von alliierten Luftstreitkräften und Bundesluftwaffe.
- Verbot jeglicher Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet.

Die Regierungskoalition wird sich auf Dauer nicht leisten können, das Thema „Verteidigungslasten“ mit spitzen Fingern anzufassen. (-/26.5.1987/rs/ks)



Strauß und das Elend in der Dritten Welt

Bayerische Abiturienten müssen die „Vorteile“ von Slums beschreiben

Von Christa Meier MdL

Kulturpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Wenn Strauß aus Südafrika zurückkehrt, hat man das Gefühl, als sei die Apartheid das Beste, was der schwarzen Bevölkerung überhaupt passieren kann. Bei seinen hochgestellten Gastgebern bekommt er natürlich nicht mit, in welchem Elend die Schwarzen beispielsweise in den Vorstädten von Johannesburg leben. Und bei seinen Freunden in Zaire und Togo sieht Herr Strauß natürlich auch nicht, wo jene Leute leben, die ihm zum Zujubeln abgeordnet sind. In Staatslimousinen und auf Prachtstraßen entgeht dem CSU-Vorsitzenden der Blick hinter die Kulissen.

Inzwischen freilich hat es sich auch in der Staatsregierung herumgesprochen, daß es in den Ländern, die von Strauß-Freunden beherrscht werden, auch Elendsviertel gibt. Doch offensichtlich gibt es nichts, dem Strauß und seine Freunde nicht auch positive Seiten abgewinnen können. Die Strauß'schen Erkenntnisse haben jedenfalls schon die ganze Staatsregierung befallen. Ich verweise dazu auf eine Abituraufgabe, die dem diesjährigen Abiturientenjahrgang im Leistungskurs Erdkunde vorgelegt wurde. Da heißt es unter der Aufgabe III „Verstädterung in der Dritten Welt“ als Nr. 3:

„Kennzeichnend für viele Großstädte der Dritten Welt sind innerstädtische Slumgebiete und/oder Marginalsiedlungen (spontane Siedlungen am Stadtrand) mit all ihren bekannten negativen Begleiterscheinungen. Zeigen Sie, daß das Leben in diesen Elendsvierteln dem Zuwanderer zunächst auch eine Reihe von Vorteilen bieten kann.“

Schon die Fragestellung offenbart unüberbietbaren Zynismus. Zum Skandal wird der Vorgang aber durch die Lösungsvorgabe zu dieser Prüfungsfrage, die den Lehrern zur Korrektur an die Hand gegeben wird. Hier wird der folgende Erwartungshorizont aufgeführt:

„Nr. 3: Positive Aspekte von Elendsvierteln, zum Beispiel

- ethnische, religiöse, eventuelle nationale Integration
- gegenseitige Unterstützung durch traditionelle Sozialsysteme
- Nähe der Slumgebiete zu potentiellen Arbeitsplätzen
- Auffangfunktion für soziale Absteiger aus besseren Wohnvierteln
- relativ geringe Wohnkosten.“

Es ist unverständlich, wie eine solche Aufgabe überhaupt die erfahrungsgemäß vielfältigen Kontrollen im Kultusministerium passieren konnte.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß hier mit Absicht alle Augen zugedrückt wurden; sei es, weil sich die Kultusbürokratischen Kontrolleure in vorausseilendem Gehorsam um eine Rechtfertigung der Strauß'schen Jubelrufe - erst kürzlich hat Strauß wieder in überschwinglichen Glückwünschen das Loblied auf das Apartheid-Regime angestimmt - bemühen, sei es, weil sie ihre Kenntnisse über Elendsviertel vor allem in der Dritten Welt auf die Situation in Münchner Vororten abstellen.

Ich erwarte eine eindeutige Distanzierung des verantwortlichen Kultusministers von diesem Machtwort, der sich in diesem Zusammenhang schon einmal nach seinem Verantwortungsgefühl gegenüber den bayerischen Schulen und Schülern fragen lassen muß. Der Schaden, der hier angerichtet wurde, läßt sich nicht mehr ausbügeln. Deshalb ist es umso wichtiger, daß solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr stattfinden können. Dazu bedarf es eines eindeutigen Wortes des Kultusministers.

Dieser Vorgang hat schließlich auch noch einen anderen Aspekt: Für die Entwicklungshilfe, die kirchlichen Hilfsorganisationen, die vielen gemeinnützigen Initiativen, die in diesen Elendsvierteln mit völlig unzureichenden Mitteln wertvolle Arbeit leisten, ist dies ein unglaublicher Affront. Ihre Arbeit wird angesichts der angeblichen Sonnenseiten der Elendsviertel erschwert und lächerlich gemacht. Ganz zu schweigen davon, daß die Spenden sicher schwächer fließen werden, wenn es sich herumspricht, welche Vorteile für Zuwanderer in diesen Elendsvierteln das Kultusministerium ausmacht.

(-/26.5.1987/rs/ks)

